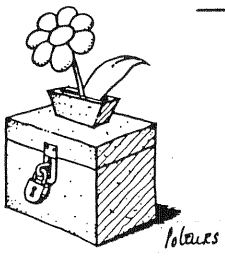


Eintopfwahlkampf der Einheitsparteien

Redaktionsschluß für diese Nummer war der 25.Mai. Das Layout wurde in den Tagen nach Pfingsten fertiggestellt. Trotzdem haben wir darauf gehalten, noch in der Wahlnacht einen ersten Kommentar zum Wahlergebnis vom 17. Juni zu schreiben. So aktuell war "forum" noch nie. Bedanken möchten wir uns beim "Service Information et Presse", der "forum" im Finanzministerium bis in die späte Nacht mit allen Ergebnissen bediente, bei der RTL-UKW-Redaktion, die uns ins Wahlstudio einlud, bei Rapid-Press, die bereit war, diese Nummer in 2 Tagen zu drucken. Ohne ihr Entgegenkommen wäre dieser Beitrag nicht zustandegekommen. Unsere Leser müssen wir aber bitten, Nachsicht walten zu lassen, daß im Eifer des Gefechts wahrscheinlich noch mehr Fehler als gewohnt stehen geblieben sind, daß das Layout wohl etwas schlampiger ist, ...

1) DER WAHLAKT

Es gibt zwei gleichfalsche Auffassungen von Wahlen, die es bei unseren Überlegungen zu vermeiden gilt. Für die Einen sind die Wahlen der höchste Ausdruck einer freiheitlichen Demokratie bei dem die unabhängigen und gleichen Bürger als Volkssouverän ihre Zukunft selber bestimmen. Für die Anderen sind Wahlen eine bedeutungslose Farce, in der durch Medien manipulierte gehirnlose Marionetten die Illusion der politischen Beteiligung vorgegaukelt bekommen. Während die erste Meinung von Parteien und Medien verbreitet wird, versteckt die zweite sich meist hinter räsignierenden Stammtischsprüchen ("die da oben machen eh was sie wollen").

Der Wahlakt ist zwar einerseits eine ganz individuelle persönliche Entscheidung in der Abgeschiedenheit der Wahlkabine, jenem geheimen Ort jenseits aller Beeinflussungsmöglichkeit, doch in ihm kommen andererseits ganz konkrete Lebenserfahrungen zum Ausdruck, bei denen -auch heute noch- die gesellschaftliche Herkunft und die Art, wie man seinen Lebensunterhalt verdient, eine wesentliche Rolle spielen.

Die Veränderung der Beschäftigungsstruktur, wie sie weiter unten untersucht wird, die Überalterung der Luxemburger Bevölkerung, die weitgehende Auflösung dörflicher Wohnstrukturen, die Kleinheit des Luxemburger Territoriums sind Faktoren, welche sich auf Wahlentscheidungen genauso auswirken, wie die Färbung der Medienlandschaft (bei uns heute vorwiegend schwarz dank LW), die Überzeugungskraft der Politiker und der Geschick der Werbemanager. Durch diese viele teilweise gegenläufigen Einflüsse erhält das politische Feld seine teilweise Autonomie, die besonders in der Unberechenbarkeit der Wählergunst zum Ausdruck kommt. Untersucht man jedoch langfristige Trends tritt die gesellschaftliche Bestimmtheit der politischen Entscheidungen klar zu Tage.

2) POLITIK ERLEBEN

Entscheidend für die Stimmabgabe ist nicht das offizielle Wahlprogramm, sondern die Beziehung zu Partei oder Kandidat, welche die Summe von vielen Lebenserfahrungen ausmacht. Der alte Stahlarbeiter, der den Kreis über der KP-Liste schwärzt, handelt genauso schichtenspezifisch wie der Bildungsbürger, der nach reiflichem Überlegen seine Stimmen auf die Kandidaten verteilt, die sein persönliches Anliegen am besten vertreten.

Solche Erfahrungen können im Wahlkampf nicht durch inhaltliche Aussagen vermittelt werden, deshalb steht die Imagewerbung auch heute im Mittelpunkt. Inhaltliche Aussagen haben nur einen Einfluss, wenn sie nicht als abstrakte politische Aussagen, sondern als konkret erfahrbare Unterschiede verstanden werden. Ein politischer Entwurf hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er für den Einzelnen eine glaubwürdige Lebensperspektive beinhaltet.

Die Krise spielt als Argument im Wahlkampf nicht die Rolle, die ihr zukommen müsste und dies aus drei Gründen:

Erst wenige Luxemburger sind wirklich existenziell von der Krise betroffen. Für die meisten ist die Krise nur abstrakt erfahrbar in der Arbeitslosen- und Konkursstatistik; nur in Einzelfällen wie in Düdelingen mit der Aktion "Didelléng doudech Staad" wird sie vor Ort erlebbar.
Zweitens hat die Opposition es nicht geschafft eine glaubwürdige Alternative zu entwerfen, während drittens die Regierungsparteien es sehr wohl verstanden haben, an konkrete Erfahrungen anzuknüpfen, indem sie ihre Austeritätspolitik als nationale Solidarität verkaufen. Dies ist vor allem bei älteren Menschen mit einer Nostalgie nach vergangenen besseren Zeiten verbunden, in denen der materielle Wohlstand geringer die menschlichen Beziehungen aber noch reicher waren. In diesem Zusammenhang ist die besonders im LW beliebte Beschwörung der Kriegszeiten zu verstehen.

Doch die Beziehungen zur Partei wachsen langsam und so ist mit Imagewerbung im Wahlkampf nicht viel zu erreichen.Wenn der putzige Löwe der LSAP auf noch so sanften Samtpfoten daherkommt und der Spitzenkandidat sein noch so vertrauenserweckendes Bankdirektorlächeln zeigt, für die meisten bleibt es die rote Partei, genauso wie die CSV klerikal und etwas verstaubt wirkt, trotz ihrer Plakate, welche die der DP an Dynamik und Wuchtigkeit übertreffen.

Weshalb die Unterschiede zwischen den Parteien immer kleiner werden, ist eine der interessantester Fragen, die es hier zu untersuchen gilt.

3) LANGFRISTIGER STRUKTURELLER TREND

Nach dem zweiten Weltkrieg hat eine Umschichtung der Bevölkerung stattgefunden. Während 1947 noch 25% der aktiven Bevölkerung Luxemburger Nationalität in der Landwirtschaft tätig sind, liegt diese Zahl bei der letzten Volkszählung 1981 bei 6,5%. Erfolgt die Umschichtung anfangs zugunsten der Industrie, so übernimmt spätestens seit 197o der Dienstleistungssektor die führende Rolle.
1981 sehen die Zahlen folgendermassen aus. Neben den 6,5% in der Landwirtschaft sind 3o% in Industrie und Handwerk beschäftigt während 63,5% dem Dienstleistungssektor zuzurechnen sind. Die Luxemburger, ein White-Color-Volk, das in seinen

Büros Paperassen hin und her schiebt, während es die zum Leben notwendigen Güter importiert? Luxemburg als Dienstleistungsnation Europas mit den drei Standbeinen Banken, RTL und Europa-Bürokratie.

Schaut man sich die absoluten Zahlen an, so sieht man, dass die Erwerbsbevölkerung sich von 197o bis 1981 von 14o auf 158.ooo erhöht hat. Genauso ist die zu Propaganda-Zwecken zitierte Tatsache, dass in den 1o Jahren, in denen, die DP an der Regierung beteiligt war, in Luxemburg 7ooo Arbeitsplätze weniger zu verzeichnen sind, nicht aus der Welt zu diskutieren.

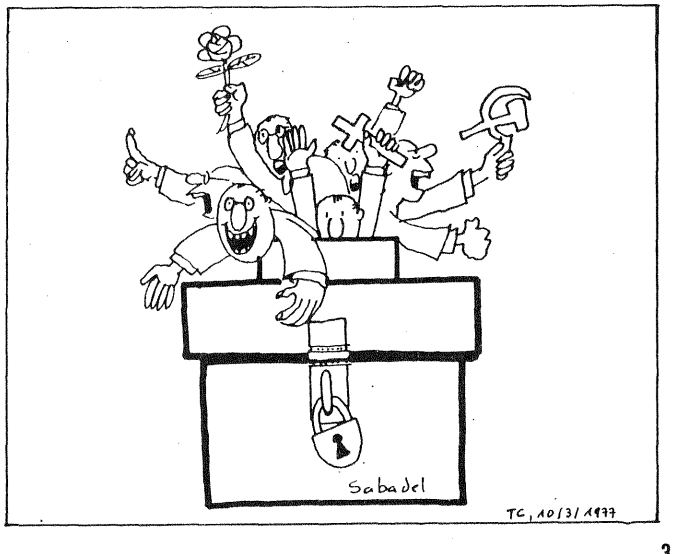
Diese Umstrukturierung zu der auch die Auflösung der dörflichen Gemeinschaft und der Familie gehört (1981 bestanden schon 21% der Haushalte aus einer einzigen Person), erhält ihren Niederschlag in langfristigen politischen Veränderungen.

Der Durchbruch der DP seit 1969 ist sicher aus dem Entstehen einer neuen Dienstleistungsmittelklasse zu erklären, der tendenzielle Rückgang der CSV besonders deutlich im Norden und Osten, weil hier wegen der starken sozialen Einbindungen in überschaubare Gemeinschaften ein gewisses Nachholbedürfnis bestand, ist mit der Auflösung der bäuerlichen Produktionsbetriebe zu erklären, während der Rückgang der KP mit der zahlenmässigen Verringung des klassischen Industrieproletariats, das es in Luxemburg höchstens in der Stahlindustrie gegeben hat, einhand geht. (82 gibt es noch knapp 9ooo Luxemburger in der Stahlindustrie.)

4) ANPASSUNGSPARTEIEN

Die Umstrukturierung der Luxemburger Gesellschaft bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Parteien. In der Wiederaufbauphase nach dem Krieg und in der Zeit der Hochkonjunktur scheinen die gesellschaftlichen Gegensätze zu verschwinden. Die automatische Indexanpassung der Löhne garantiert den sozialen Frieden und das Wachsen zunächst von der Industrie, dann von öffentlichem und privatem Dienstleistungssektor garantiert jedem seine Aufstiegchance (vom Acker in die Fabrik, vom Arbeiter zum Angestellten ...) In dieser Mittelstandsgesellschaft, in der das Proletariat mehrheitlich aus Ausländern besteht, gibt es keinen Platz mehr für Klassenparteien, welche sich als Interessenvertreter einer Gruppe verstehen.

Der Spielraum der Regierung wird immer kleiner angesichts der knapper werdenden Finanzmittel, der europäischen Rahmenrichtlinien, des Einflusses von multinaltionalen Konzernen, so dass die Politik



"Boulevard Royal? Quelle banque?" Tout naturellement ce n'est pas un numéro que demande le chauffeur de taxi: la capitale du Grand-Duché, place financière, en voici d'emblée une illustration.

Et c'est tout aussi naturellement dans son bureau de directeur de banque que l'on rencontre ... le chef de file du Parti et des listes électorales socialistes, tant pour les européennes que pour les législatives nationales (...)"

La CROIX, 15 juin 1984

zur Verwaltung von Sachzwängen verkommt. Kein Wunder. dass der technokratische Politiker gefragt ist, dass der Wahlkampf personalisiert wird.

Ein weiterer Faktor bei der Entstehung von Volksparteien ist die Herausbildung der Massenkultur. Kultur soll hier im weiten Sinn verstanden werden und alle Lebensäusserungen umfassen. Gesellschaftliche Gruppen haben nur eine eigene Identität (werden zur Klasse im marxschen Sinn), wenn sie eine eigene Lebensweise, eine eigene Kultur entwickeln und diese selbstbewusst nach aussen tragen Diese sektoriel unterschiedlichen Kulturen gab es früher. Wenn die Arbeiterkultur in Luxemburg auch nie den Entwicklungsstand erreichte wie z.B. in Weimar, so gab es hier doch eine ausgeprägte bäuerliche Kultur mit vielen lokalen Nuancen, eine eigene Unterstadtidentität, eine gehoben Gesellschaft von denen, die anderen Gruppen ausgeschlossen waren. Mit der Ausweitung der Konsumgesellschaft und der Massenmedien verbreitet sich auch eine Massenkultur,welche die Underschiede tendenziell aufhebt. Die Identität des Einzelnen wird auf die Auswahl im Kulturwarenangebot reduziert. Auch dies ist eine Voraussetzung der Entstehung der Volksparteien. Als nächster Schritt steht die Nivellierung nationaler kultureller Unterschiede an und die drei grossen Parteien sind sich einig dass Luxemburg mit eigenen oder fremden Satelliten eine Vorreiterrolle in der Verbreitung des kulturellen RTL-Einheitsbreis einnehmen soll.

Gesellschaftliche Umstrukturierungen, politische Sachzwänge und Einfluss der Massenmedien schaffen die Volkspartei, die grundlegende gesellschaftliche Widersprüche negiert, die alle Bürger unabhängig von Beruf und Stellung anspricht, die nur "das" Allgemeinwohl im Auge hat. Das allgemeine Glaubensbekenntnis ist die soziale Marktwirtschaft, unterschiedliche korporatistische Interessen erscheinen nur als kleine Nuancen im harmonischen Gemälde. Die CSV trägt die Volkspartei bereits in ihrem Namen und dies zu Recht, da sie als erste sofort nach dem Krieg am Start war. Als Partei mit hauptsächlich ländlicher Verankerung brauchte sie nur den Wandel mitzuvollziehen, der ihre Wählerschaft durchmachte. Als nächste folgte die DP, die sich von der Partei des alten zahlenmässig kleinen Mittelstandes von Notablen und Geschäftsleuten zur Partei des neuen Mittelstandes der Angestellten mauserte und nun in der neuen Mittelstandsgesellschaft die Volkspartei par excellence ist. (Die erste "moderne" Wahlkampagne wurde 69 mit grossem Erfolg durchgeführt).
Die LSAP war schon bei ihrer Gründung keine eigentliche Arbeiterpartei, sondern eher eine von Notablen geführte Regionalvertretung des Südens. Ihre Umwandlung in eine Volkspartei setzt also zunächst eine landesweite Ausbreitung voraus. Auch bliebe hier das Verhältnis LSAP-OGB-L zu untersuchen. Die endgültige Wandlung von der Arbeiterpartei zur Volkspartei war mit etlichen Wehen verbunden, wie

die Abspaltung der SdP-Leuten, denen dieser Prozess nicht schnell genug von-statten ging, und das Resignieren vieler Jusos, die im Laufe der Jahre ihre Partei verlassen haben.

5) VOLKSPARTEIEN-WAHLKAMPF

Der Wahlkampf in diesem Jahr zeigt dann auch 3 grosse Volksparteien, die um die Wählerstimmen kämpfen, ohne sich allzu stark in ihrer Argumentation zu unterscheiden. Beweis: die fehlenden Wahlkampfthemen. Die LSAP als Opposition ist zum Angriff gezwungen und versucht sich an der Rentenfrage, am Mietgesetz, an der Stahlkrise ohne die nötige Resonnanz zu finden, da die eigenen Vorschläge so anders nicht sind, da sie sich zumindest in wirtschaftlichen Fragen, die von ihr in der vorigen Regierung gestellten Weichen vorhalten lassen muss. Und so kommt es, dass in der Schlussphase des Wahlkampfs die Satellitenfrage fast zum Hauptthema hochstilisiert wird. Nicht jedoch weil die LSAP prinzipielle medienpolitische Bedenken hätte (in der Tat ist zu fragen, wem die Berieselung ganz Europas mit seichter Unterhaltung dient), sondern weil die sicheren RTL-Arbeitsplätze nicht durch hypothetische zusätzliche Arbeitsplätze gefährdet werden sollen. Auf dem Spiel stehen also keine Argumente sondern Profilierungswünsche. Die LSAP versucht nicht anzuecken, keinen eigenen Gesellschaftsentwurf zu präsentieren: "Utopien ... können wir uns heute weniger denn je leisten," sagt R.Goebbels gegenüber dem 'Letzeburger Land'. Doch soll man Sozialisten wählen, weil diese die besseren Bankdirektoren (=Poos, der Mann der wirtschaften kann), die bessere Austerität haben?

Die Regierungsparteien tun sich auch schwer. Die DP stellt in nicht enden wollenden Journalistenberichten die neuen Industrien des Hans-Dampfs-Helminger und die neuen Strassen des Bautenministers vor, um sich gegenüber der CSV als bessere Anti-Krisen-Technokraten zu profilieren, während die CSV mit einem Aufkleberwettbewerb, bei dem es einige Reisen zu gewinnen gibt, sicher den argumentativen Nullpunkt des Wahlkampfes erreicht hat.

Die Diskussion um das Mietgesetz verdeutlicht das Funktionieren von Volksparteien. Die Vermieter-Lobby versucht ihre Interessen in einem Gesetz festzuschreiben und mobilisiert dazu ihr nahestehende Abgeordnete. Es kommt zum Protest der Oppositionsparteien; DP und in noch stärkerem Masse die CSV sind hin und her gerissen zwischen ihrem Volksparteienanspruch und den Wünschen ihrer spezifischen Wahlklientel, zwischen Gesamtparteiinteressen und Profilierungsversuchen einzelner Abgeordneter. Doch der Volksparteien-Geist setzt sich durch, das Problem wird vertagt, ein Wahlthema der LSAP ist verpufft.

Reaktion auf die geschilderte Verflachung der politischen Diskussion ist ein gewisser Überdruss des Bürgers an der Politik der seinen Ausdruck findet in steigender Nichtteilnahme, die 1979 trotz Wahlpflicht und Androhung von Strafe 1o,7% (1,3% mehr als 1974) ausmachte.(Prozentangaben auf die gesamten abgegebenen Stimmen bezogen). Zählt man leere, ungültige und unvollständige Stimmen zusammen erhält man weitere 12,7% (1,2% mehr als 1974). Für Luxemburger Verhältnisse ist dieser Anteil von über 2o% "verlorener" Stimmen sehr gross.

Eine andere Reaktion stellen die Protestwähler dar, die sich den kleineren Parteine zuwenden. Doch auch diese bleiben nicht vom Trend zur Volkspartei verschont.

6) KLEINE VOLKSPARTEI ODER SPLITTERPARTEI

Die Entpolitisierung der Auseinandersetzungen zwischen den drei grossen Parteine führt paradoxerweise auch zu einer Entpolitisierung ihrer politischer Gegner. Die kleinen Parteien werden auch nicht vom Trend zur Volkspartei geschont, da sie zum Sammelbecken für Protestwähler werden.

Besonders deutlich ist dies beim PSI, der als unabhängige sozialistische Partei angetreten war, den man heute mit Recht des Poujadismus bezichtigen darf. Mit einer bunt zusammengewürfelten Mannschaft wird versucht, durch Anbiederung bei allen Unzufriedenen vor allem kleinbürgerliche Ressentiments zu aktivieren (z.B. Ausländerwahlrecht). Der PSI wird so zur Volkszornpartei unter Führung von Gremling, dem Rächer der zu kurz Gekommenen. Die KPL muss notgedrungenerweise - weil die Arbeiterbasis aus wirtschaftliche Gründen schrumpft - sich auch zur Volkspartei entwickeln. Nicht zufällig suchte sie im Wahlkampf alle "kleinen Leute" anzusprechen, damit ihre Stimme zur Geltung komme. Wohl gibt es bei ihr noch fundierte Analysen (siehe z.B. ihre Theoriehefte "argumente"), auch im Wahlkampf waren sie die einzige Partei, die inhaltliche Aussagen auf ihren Plakaten machte, aber weil sie andererseits auch gezwungen ist, nicht durch marxistische Theorieansprüche potentielle Wähler von jenseits der Stammklientel abzuschrecken, blieben dann auch hier oft nur Floskeln übrig, wie "Grosskapital, Hochfinanz, reiche Bankiers", usw., und simplistische "Argumente", denen gar CSV- oder PSI- Wähler am Stammtisch, aber nicht mehr in der Wahlkabine zustimmen mögen.

Einzig die LCR versteht sich als Klassenpartei und macht keinen Hehl daraus. Mögen verschiedene ihrer Aussagen zum Funktionieren des Spätkapitalismus in ihrer Abstraktheit richtig sein, so fehlt dieser Organisation das Gespür für die Analyse der Luxemburger Wirklichkeit. Deshalb betreibt die LCR Stellvertreter-Politik für ein so nicht existierendes Proletariat. Klassenpartei ohne Klassenbasis ist die LCR auch Volkspartei ohne Volk!

7) ALTERNATIVE BEWEGUNG ODER GRÜNE VOLKSPARTEI

In der Schlussdiskussion im Rundfunk (15.6.1984) versuchte der Vertreter der "Grünen" die übrigen 6 Parteien in einen Topf zu werfen, da sie alle ihre Hoffnung auf ein nicht hinterfragtes Wachstum setzen würden, es käme ihnen nur darauf an, "am aktuelle Misär am beschte weiderzewurschtelen." Doch kann man dies als Absage an den allgemeinen Volksparteienkonsens verstehen, wenn im gleichen Atemzug alle umweltbewussten Menschen, - und wer ist schon nicht über das Waldsterben besorgt? - angesprochen werden?

Um diese Frage zu beantworten, wollen wir kurz über den Luxemburger Rahmen hinausschauen und versuchen die gesellschaftliche Basis der Grünen oder allgemein der alternativen Bewegung zu finden.

Zunächst bedarf es der Erörterung einiger Stichworte zu zwei Aspekten der heutigen Krise: Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat die Produktivität der menschlichen Arbeit stark gesteigert. In einer Zeit, da die zahlungskräftige Nachfrage, und nur diese zählt in der Marktwirtschaft, stagniert bedeutet das, dass die benötigten Waren mit immer weniger Arbeitszeit hergestellt werden können. Wird die knapper werdende Arbeitszeit nicht planmässig auf alle gleich verteilt, entsteht nicht nur ein Heer von Arbeitslosen, sondern verschiedene von der Arbeitswelt ausgeschlossene Gruppen: durch Frührenten, durch unsinnig verlängerte Schul- und Ausbildungszeiten, durch aufgezwungenes Hausfrauendasein, durch Marginalisierung und Ghettoisierung (vgl.USA). Es entsteht ein Heer von überqualifizierten Ersatz- und Gelegenheitsarbeitern oder Teilzeitangestellten, ein Heer von Almosenempfängern. Es entstehen daneben ganze Berufszweige, die nur damit beschäftigt sind, die Sozialleistungen des Staates zu verteilen, die durch die hohe Arbeitsproduktivität psychsich oder körperlich krank gewordenen Menschen zu betreuen. Es entsteht das, was A.Gorz die Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter nennt, die in US-amerikanischen Ballungsgebieten schon die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, während die traditionelle Arbeiterschaft zur privilegierten Minderheit wird.

In der Bundesrepublik haben Teile dieser Gruppen es geschafft, sich zur gesellschaftlichen und politischen Kraft zu konstituieren. Dazu bedarf es einer eigenen Identität, welche nicht nur eigene Kommunikationskanäle, sondern ansatzweise eine eigene Kultur voraussetzt.

Wenn sich eine eigenständige alternative Bewegung herausgebildet hat, wird sie sich Verbündete suchen, und damit sind wir beim zweiten Aspekt der Krise.

Eine Marktwirtschaft berücksichtigt in ihrem ökonomischen Kalkül nur das, was etwas kostet: Dazu gehören nicht die sog. freien Güter, wie Wasser, Luft, oder allgemein die Umwelt. Ergebnis: Umweltverseuchung, Raubbau an Rohstoffreserven. Die Auswirkungen werden heute für viele existenziell erfahrbar: die sterbenden Wälder, der Pseudo-Krupp-Fall in der Nachbarschaft, der aufgezwungene Verzicht auf besonders gefährdete Lebensmittel....

Hier entsteht ein diffuses Wählerpotential das bereit ist, grün zu wählen.

Kehren wir nach Luxemburg zurück. Die Umweltzerstörung ist noch nicht so weit fortgeschritten als anderswo, die Marginalisierung gesellschaftlicher Gruppen hält sich in Grenzen. Intellektuelle ohne Berufsaussichten bleiben im Ausland, jugendliche Arbeitslose sind weitgehend in familiäre Auffangmechanismen eingebunden, alternative Kommunikationsstrukturen sind erst langsam im Entstehen, alternative Produktionsbetriebe fallen nicht ins Gewicht. Deshalb fehlt den Luxemburger Grünen die gesellschaftliche Basis, sie sind darauf verwiesen, querbeet umweltbewusste Personen anzusprechen und auf einen Mitnahmeeffekt durch die deutschen Medien zu hoffen. Damit werden sie zur grünen Volkspartei, die langfristig keine Chance hat, denn mit um sich greifender Ökokatastrophe werden alle Parteien sich ein grünes Mäntelchen umhängen wie dies auch schon diesmal beim Rundtischgespräch des Mouvement écologique zu sehen war.

Die voreilig gegründete grüne Partei hat nur dann Zukunftsaussichten, wenn sie keinen künstlichen Parteiapparat aufbaut, sondern es versteht, sich mit ansatzweise vorhandenen lokalen Bewegungen (nicht nur im Ökologie-Bereich) zu verschmelzen und sich in einer dezentralen Teilnahme an den Gemeindewahlen zu bewähren.

N. Campagna (in "Perspektiv"54) hat Unrecht, wenn er hofft, dass durch mehr als 20% für die vier kleinen Parteien, diese sowie die LSAP zu einem Linksbündnis zusammengezwungen würden. Er übersieht die gesellschaftlichen Bindungen der verschiedenen Parteien. Ein Zusammengehen von Ökologie und Arbeiterbewegung wird erst dann möglich werden, wenn die Gewerkschaften nicht die Besitzstandsicherung der Beschäftigten, sondern die Bekämpfung der Krise zum Ziel haben. (Neben der erwähnten Umverteilung der Arbeit und der Umweltproblematik müsste eine neue Wirtschaftsordnung angegangen werden). Positive Ansätze wie den Streik für die 35-Stunden-Woche in der BRD wird es erst geben, wenn die enge Verbindung zwischen OGB-L und der Volkspartei LSAP überwunden wird.

ff